

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der VR China im Jahre 1995

- Ein kurzer Überblick -

Außenpolitik

Oskar Weggel

Hatte sich die chinesische Außenpolitik 1994 noch ganz auf Asien konzentrieren können (Vietnam, Zentralasien, Japan, APEC-Gipfelkonferenz von Jarkarta), so sah sie sich 1995 wieder einmal hauptsächlich mit den USA konfrontiert. Es begann damit, daß der taiwanische Staatspräsident Li Denghui zu einem, wenn auch als "privat" bezeichneten Besuch in die USA eingeladen wurde, wo er nicht nur seine Alma mater besuchte, sondern auch Dutzende von Gesprächen mit Abgeordneten und Senatoren führte. Wieder einmal sah die Volksrepublik durch diesen Kurs ihre "Ein-China-Politik" in Frage gestellt und reagierte mit militärischen Großmanövern aller drei Waffengattungen entlang und vor der Küste der Provinz Zhejiang im Ostchinesischen Meer. Im Juni feuerte die VBA außerdem 6 Boden-Boden-Raketen in einen Meeresgebietsabschnitt, der nur 155 km nördlich von Taipei lag.

Erst das zwischen dem amerikanischen Präsidenten Clinton und Jiang Zemin arrangierte Treffen anlässlich des 50. Gründungstages der UNO in New York konnte zu einer teilweisen Entspannung beitragen.

Wenige Monate später, nämlich im März 1996 kam es - am Vorabend direkter Präsidentenwahlen in Taiwan zu abermaligen Militärmanövern der VBA, die zu mehrfachen Raketenabschüssen im Meeresglacis der beiden taiwanischen Haupthäfen Gaoxiong und Jilong führten, woraufhin die USA zwei ihrer Flugzeugträger in der Nähe des Gefahrengbietes aufkreuzen ließen.

Ende 1995 erließ das amerikanische State Department einen erneuten "Bericht über die Menschenrechte in verschiedenen Ländern", in dem auch die Menschenrechtssituation in China "entstellt" wurde - so der chinesische Kommentar. Als Erwiderung arbeitete Beijing einen Menschenrechtsvergleich aus, der sich auf 24 Bereiche bezog, angefangen von der Kriminalitätsrate über Gewaltverbrechen und Mord, Zahl der Vergewaltigungen, Zahl der Häftlinge, Rückfallrate bei Kriminaldelikten, Unterschiede zwischen Reich und Arm, Drogensucht, Aids, Gewalt in der Familie und sogar Analphabetentum. Überall schnitten die USA hier - erwartungsgemäß - schlechter ab als die VR China.

Das unfreundliche Verhältnis zu den USA färbte auch auf die Beziehungen Chinas zu seinen asiatischen Nachbarn ab, die sich über die Militärmanöver der VBA sowie über das Anbringen chinesischer Seezeichen auf den Spratly-Inseln sowie über die Ablehnung Chinas gegenüber einer internationalen Vermittlungskommission in dieser Frage beunruhigt zeigten. Schnell steigende Rüstungsausgaben Chinas (die allerdings durch die galoppierende Inflation z.T. wieder egalisiert wurden) und umfangreiche Waffeneinkäufe der VBA in Rußland führten dazu, daß die ASEAN-Staaten ihre eigenen Rüstungsanstrengungen ebenfalls erhöhten - und dies, obwohl sonst in allen anderen Kontinenten seit dem Ende des Kalten Kriegs Abrüstungsmaßnahmen im Gange sind.

Problematisch gestaltete sich auch das außenpolitische Verhältnis zu Japan, das nach dem chinesischen Atomtest im Sommer des Jahres Aktionen in Form einer Kürzung der Finanzhilfen an China ankündigte. Die VRCh reagierte, indem sie anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes von Japan eine Entschuldigung für den Überfall und für die Kriegsgreuel der japanischen Armee verlangte. Der japanische Ministerpräsident hatte zwar während seines Besuches im Juni eine persönliche Entschuldigung vorgebracht, im japanischen Parlament jedoch keine Mehrheiten gewinnen können.

Erfreulich aus chinesischer Sicht gestaltete sich lediglich das Verhältnis zu Rußland: in Verhandlungen mit Moskau wurden nicht nur die letzten gemeinsamen Grenzabschnitte geregelt. Vielmehr kam es auch zu einer Fortsetzung der Waffenverkäufe Rußlands an China.

Zwischen Deutschland und China blieb die Atmosphäre relativ ungetrübt. Die Deutschlandreise des chinesischen Staatspräsidenten und KPCh-Generalsekretärs Jiang Zemin im Juli diente vorrangig der Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten und verlief ohne jene Proteste, wie sie noch die vorausgegangene Visite des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng begleitet hatten. Beim Gegenbesuch Bundeskanzler Kohls in China Mitte November standen erneut Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Vordergrund. Protokollarische "Trübungen" zeigten, daß die Ereignisse am Rande des Li-Peng-Besuchs in Deutschland zumindest im chinesischen Ministerpräsidentenamts noch nicht vergessen waren.

Innenpolitik

Sebastian Heilmann

Die innenpolitische Entwicklung war im Jahre 1995 durch folgende Grundtendenzen gekennzeichnet:

- Die Parteispitze wies - im Gegensatz zu verbreiteten Spekulationen in den westlichen Medien - einen hohen Grad an Zusammenhalt und Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen auf.
- Mittels starken politisch-administrativen Drucks sowie personeller Umbesetzungen gelang es Beijing, seine Autorität gegenüber den Provinzfürhungen zumindest vorübergehend zu festigen.

- Trotz der Aufdeckung einzelner spektakulärer Korruptionsskandale erwiesen sich die politischen Widerstände gegen die Anti-Korruptionskampagne als unüberwindlich.
- Oppositionelle Kräfte und Dissidentenzirkel in der chinesischen Gesellschaft wurden durch massive Repressionsmaßnahmen fast vollständig zum Schweigen gebracht.
- Die sozialen Spannungen in städtischer und ländlicher Gesellschaft halten unvermindert an. Gelegentlich flammten 1995 Unruhen unter Industriearbeitern, Wanderarbeitern und bäuerlicher Bevölkerung auf. Durch eine Kombination aus staatlicher Repression und administrativen Ad-hoc-Hilfsmaßnahmen blieb das Unruhepotential jedoch auf lokale Eruptionen begrenzt und gefährdete nicht akut die Stabilität des nationalen politischen Systems.

Zusammenhalt in der Parteispitze

In der journalistischen Chinabeobachtung wird weithin angenommen, daß in der Beijinger Führung ein von Intrigen und Ränken geprägter Kampf um die Nachfolge Deng Xiaopings im Gange ist. Ein Großteil dieser Annahmen beruht auf Spekulationen über geheime politische Manöver im Beijinger Machtzentrum, wie sie vor allem in der Hongkonger Presse kolportiert werden.

Konkrete Anhaltspunkte für Grundsatzkonflikte in der Beijinger Führungszentrale bot das Jahr 1995 jedoch kaum. Im Gegenteil: Die Mitglieder des wichtigsten politischen Entscheidungsgremiums, des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros, wiesen einen hohen Grad an Zusammenhalt und Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen auf. Die persönlichen Animositäten und politischen Divergenzen zwischen individuellen Führungsmitgliedern erscheinen geringer als in den vorangehenden Jahrzehnten. Mit der weitgehenden Ausschaltung des radikalen Reformflügels (Absetzung Zhao Ziyangs 1989) und dem Tod mehrerer mächtiger Revolutionsveteranen, die orthodoxen Positionen zuneigten (Li Xiannian, Wang Zhen, Chen Yun), sind die beiden extremen Flügel in der Beijinger Führung geschwächt worden.

Divergenzen bestehen weiterhin im Hinblick auf die Notwendigkeit politischer Reformen: Während Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji im Ständigen Ausschuß des Politbüros eine durchgreifende institutionelle Reform des politischen Systems ablehnen, unternehmen Qiao Shi und Li Ruihuan gelegentlich Vorstöße in Richtung auf einen vorsichtigen Ausbau von Rechtssystem und Gewaltkontrolle. In keinem Fall jedoch handelt es sich bei Qiao Shi und Li Ruihuan um Befürworter einer politischen Liberalisierung, wie es westlichem Wunsdenken entspräche: Neben der Stärkung der eigenen Machtbasis ist die Modernisierung und Stabilisierung des Herrschaftssystems in Zeiten eines epochalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs das begrenzte Ziel der moderaten Reformkräfte, die in den Führungen von Nationalem Volkskongreß und Politischer Konsultativkonferenz vertreten sind. Da die Priorität der wirtschaftlichen Modernisierung und das Machtmonopol der Kommunistischen Partei jedoch für sämtliche Führungsmitglieder außer Frage stehen, haben sich die internen Differenzen bislang nicht zu politischen Grundsatzkonflikten ausgeweitet.

Insgesamt war 1995 zu beobachten, daß die Stellungnahmen und Anweisungen führender Vertreter der Zentrale zu den drängendsten wirtschaftlichen und politischen Fragen (Bekämpfung der Inflation, Verringerung des Wohlstandgefälles zwischen Regionen und Gesellschaftsschichten, Umstrukturierung der Staatsunternehmen, Stärkung der Zentralgewalt und Disziplinierung regionaler Führungen) eine sehr weitgehende Übereinstimmung aufwiesen, wie sie etwa in den achtziger Jahren nur selten zu beobachten war. Trotz eines außerordentlich hohen innenpolitischen Problemdrucks (Übergang zur nachrevolutionären Führungsgeneration, vielfältige wirtschaftliche und soziale Spannungen, eigenwillige regionale Führungen etc.) war 1995 keine Lähmung des Beijinger Entscheidungszentrums zu vermerken.

Die Führung um Jiang Zemin hat in den letzten beiden Jahren Reformmaßnahmen auf den Weg bringen können (etwa in den Bereichen der staatlichen Finanzordnung, des Bankwesens und der Inflationsbekämpfung), die zur aktiven Zeit Deng Xiaopings an heftigen politischen Widerständen gescheitert waren. Sämtliche Mitglieder des amtierenden Führungskerns haben sich 1995 für die Politik der Beijinger Zentrale eingesetzt. Wären sie sich in der Vorgehensweise und in der Sache nicht einig gewesen, hätten sich die Reformen nicht gegen die Interessen der regionalen Führungen durchsetzen lassen. Die innen- und außenpolitischen Herausforderungen hatten somit 1995 (wie schon 1994) einen einheitsstiftenden Effekt: Die Beijinger Machtzentrale zeigte sich handlungs- und entscheidungsfähig. Die innenpolitische Lage in China war 1994/95 demnach im Vergleich zu politischen Konstellationen in vorangehenden Jahrzehnten durch eine Verkehrung der Instabilitäten gekennzeichnet: Einer instabilen, unruhigen Gesellschaft stand eine stabile und handlungsfähige Beijinger Machtzentrale gegenüber.

Disziplinierung regionaler Führungen

In den letzten Jahren ist häufig über Tendenzen zur politischen Desintegration Chinas diskutiert worden: Die zentrifugalen, "regionalistischen" Tendenzen hätten sich dermaßen verselbständigt, daß auch ein Zerfall des chinesischen Staates künftig nicht auszuschließen sei. Viele dieser Warnungen erscheinen aus heutiger Sicht überzeichnet. 1994 und 1995 zeigte sich, daß Beijings Macht- und Disziplinierungsmittel weiterhin beachtlich sind, wenn die Mitglieder des Führungskerns sich geschlossen und nachdrücklich für die Politik der Zentrale gegenüber den regionalen Führungen einsetzen. Dies wurde 1994/95 mehrfach demonstriert:

- im wirtschaftlichen Bereich durch die Rezentralisierung von Entscheidungskompetenzen in Geld- und Kreditpolitik sowie in der Investitionssteuerung; die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung 1995 belegen die Wirksamkeit der Beijinger Anordnungen.
- im politischen Bereich durch direkte Interventionen Beijings in die regionale Personalpolitik bis hinunter auf die Bezirksebene; die Parteizentrale zeigt sich weiterhin dazu imstande, unbotmäßige regionale Funktionäre abzuberufen und von Beijing favorisierte Kandidaten durchzusetzen. 1995 sind mehr als 900 Führungskader auf Provinz- und Bezirksebene durch die Organisationsabteilung des Zentralkomitees ausgewechselt worden.

Da die Mittel der makroökonomischen Steuerung (besonders deutlich im Bereich der Geldpolitik und des Finanzwesens) und der Wirtschaftsgesetzgebung (etwa beim Vollzug von Haushalts- und Steuergesetzen auf regionaler Ebene) weiterhin nur unvollkommen entwickelt sind, greift die Zentrale seit 1993 verstärkt auf administrative Kontrollen und auf ihre personalpolitischen Kompetenzen zurück. So erreichte Beijing, indem es regionalen Funktionären mit Amtsenthebung drohte und eine Reihe von "Provinzfürsten" tatsächlich absetzte, 1995 in begrenztem Maße eine haushalts- und kreditpolitische Disziplinierung der Regionen.

Die von Beijing genutzten politisch-administrativen Instrumente erregen erheblichen Widerwillen in den Provinzen und sind nicht gerade "marktkonform". Solange die ökonomischen Steuerungsinstrumente aber nicht hinreichend funktionstüchtig sind, wird Beijing in der Durchsetzung nationaler Wirtschaftspolitik weiterhin auf seine Personalhoheit und Organisationsgewalt gegenüber den regionalen Führungen setzen müssen.

Scheitern der Korruptionsbekämpfung

Die Mitte 1993 ausgerufene Kampagne zur Korruptionsbekämpfung schien Anfang des Jahres 1995 an Schwung zu gewinnen. Das Partei-Establishment der Stadt Beijing wurde im Frühjahr zum Gegenstand größerer Säuberungsaktionen. Auch in vielen Provinz- und Stadtführungen außerhalb Beijings wurde eine große Zahl neuer Korruptionsfälle aufgedeckt. Nach Angaben der Disziplinarorgane von Partei und Staat sind zwischen September 1993 und Juni 1995 rund 238.000 Parteimitglieder wegen Disziplinarvergehen parteiintern zur Verantwortung gezogen worden. Darunter hätten sich 35 Funktionäre im Ministerrang befunden. 1995 gingen mehr als 200.000 Hinweise auf Korruptionsvergehen von Führungskadern aus der Bevölkerung bei den Disziplinarorganen ein.

Die Absetzung des Parteichefs der Stadt Beijing, des Politbüro-Mitglieds Chen Xitong, schien neue Möglichkeiten zur Verfolgung von Korruptionsdelikten auch in den höchsten Rängen der Partei zu eröffnen. Chen Xitong wurde jedoch bis heute nicht offiziell angeklagt und verurteilt. Es zeigte sich 1995, daß die Parteiführung trotz lautstarker Absichtserklärungen nicht willens und in der Lage ist, die Anti-Korruptionskampagne bis in die höchsten Ebenen hineinzutragen. Viele führende Parteifunktionäre und ihre Familienmitglieder sind in die weitläufigen Korruptionsgeflechte selbst eingebunden und haben kein Interesse, eine Kampagne zur Aufdeckung dieser Strukturen mitzutragen. So trifft die Korruptionsbekämpfung in vielen Landesteilen und Institutionen auf massivste Widerstände. Die vieltätigen und zum Teil illegalen wirtschaftlichen Aktivitäten des chinesischen Militärs werden von staatlichen Maßnahmen zur Korruptionskontrolle bisher praktisch nicht erfaßt.

Ohne eine drastische Beschränkung der Verfügungsrechte und Interventionen von Behörden im Wirtschaftsleben, ohne eine verbesserte Bezahlung und Schulung der Bürokraten und ohne durchgreifende institutionelle Reformen, die den Kern des politischen Systems betreffen - gewaltenteilige Ordnung mit parlamentarischer Kontrolle, unabhängiger Justiz und regierungskritischen Medien -, ist ei-

ne Eindämmung des Korruptionsproblems nicht zu erwarten. Da solche Reformen aber das Machtmonopol der Kommunistischen Partei einschränken würden, bleiben die Widerstände gegenüber der Schaffung unabhängiger Kontrollinstanzen unüberwindlich. Das Korruptionsproblem ist im Rahmen des gegenwärtigen politischen Systems nicht zu lösen und wird die Akzeptanz der Kommunistischen Partei in der Bevölkerung weiter aushöhlen.

Zerschlagung oppositioneller Kräfte

Seit 1994 haben die chinesischen Behörden den Druck auf Dissidenten und Oppositionszirkel durch Verwarnungen, Verhaftungen und Verurteilungen erheblich erhöht. Das prominenteste Opfer dieser Unterdrückungsmaßnahmen war Wei Jingsheng, der im Dezember 1995 wegen "Umsturzversuchs" zu vierzehn Jahren Haft verurteilt wurde. Im Jahre 1995 ist die chinesische Führung ihrem Ziel einer vollständigen Zerschlagung der versprengten Dissidentenorganisationen näher gekommen.

Aus Anlaß des sechsten Jahrestages der städtischen Protestbewegung von 1989 hatten sich im Frühjahr chinesische Dissidenten und Intellektuelle in mehreren Petitionen zu Wort gemeldet. In mehr als zehn Großstädten kam es zu politischen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Jahrestag. Die Sicherheitsorgane gingen mit unterschiedlicher Härte gegen die hinter den Aktionen stehenden Organisatoren vor. In den Provinzen wurde eine größere Zahl von politischen Dissidenten und religiösen Aktivisten ohne Gerichtsverfahren zu zwei- bis dreijähriger "Administrativhaft" in Arbeitslager deportiert.

Bemerkenswert ist, daß sich der Schwerpunkt der oppositionellen Aktivitäten Mitte der neunziger Jahre von Beijing in politisch gewichtige Provinzhauptstädte wie Hangzhou, Wuhan, Xi'an oder Nanjing zu verlagern scheint, wo die politische Kontrolle zum Teil weniger scharf ist als in Beijing. Wie groß das oppositionelle Potential in den Provinzhauptstädten ist, läßt sich nicht genauer bestimmen. Bislang konnten die Sicherheitsorgane offenbar sowohl die Konsolidierung überregionaler Dissidentenorganisationen als auch eine Allianzenbildung zwischen Dissidentenzirkeln und unzufriedenen Arbeitern verhindern. Erst solche übergreifenden Organisationsformen könnten eine ernsthafte politische Bedrohung für die Kommunistische Partei darstellen.

Tagungen von NVK und ZK

Wichtigste offizielle innenpolitische Ereignisse waren die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März und die Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Ende September. Die Kontroversen und Abstimmungsrevolten im Nationalen Volkskongreß (das neue Zentralbankgesetz und das Gesetz über das Bildungswesen wurden lediglich mit rund zwei Dritteln der Stimmen verabschiedet) führten deutlich vor Augen, daß mit diesem häufig als "Zustimmungsparlament" abgewerteten Gesetzgebungsorgan in Zukunft zu rechnen ist. Es zeigte sich, daß das Verhältnis der im Nationalen Volkskongreß besonders stark vertretenen Provinzfunktionäre zur zentralen Partei- und Staatsführung keineswegs unge-

trübt ist. Zumindest ein Teil der regionalen Delegierten ist verstimmt angesichts der jüngsten Bemühungen der Beijinger Führung, die "Makrosteuerung" von Wirtschaft und Finanzen unter zentrale Kontrolle zu bringen.

Auf der 5. Plenartagung des KP-Zentralkomitees standen fast ausschließlich die Perspektiven der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Mittelpunkt. Die Abwendung von der aus Beijinger Sicht allzu permissiven Wirtschaftspolitik der Jahre 1992-1993 wurde vom Zentralkomitee bekräftigt. Über die wirtschaftspolitischen Beschlüsse hinaus wurden vom KP-Zentralkomitee mehrere wichtige personelle Veränderungen in der Zentralen Militärkommission gebilligt, die die politische Verlässlichkeit und Kontinuität in der militärischen Führung über das bevorstehende Ausscheiden der Armeeveteranen Liu Huaqing und Zhang Zhen hinaus sichern sollen.

Aussichten einer politischen Konsolidierung

Aus der Sicht der Parteizentrale in Beijing stellt das Jahr 1995 einen Schritt zur politischen Konsolidierung nach den tiefgreifenden inneren und äußeren Herausforderungen dar, die die Existenz des kommunistischen Regimes in den Jahren seit 1989 bedrohten. Viele seit den achtziger Jahren virulente wirtschaftliche, gesellschaftliche und politisch-institutionelle Fragen wurden jedoch auch 1995 nicht entschlossen angepackt: Die Umstrukturierung der Staatsunternehmen, der Aufbau eines leistungsfähigen Systems zur sozialen Sicherung, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und die politische Einbindung einer wachsenden Vielfalt regionaler, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sonderinteressen stellen die chinesische Politik vor herkulische Aufgaben. Die sich anstauende Problemlast übt einen wachsenden Druck auf das politische System aus und wird mittelfristig kaum einen planvollen, stetigen und straff kontrollierten Modernisierungskurs erlauben, wie ihn die chinesische Führung erhofft.

Wirtschaft

Margot Schüller

Chinas überhitzte Konjunktorentwicklung konnte gegen Ende 1995 erfolgreich abgebremst werden, und eine "weiche Landung" scheint erreicht zu sein. Nach Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 14,2% (1992), 13,5% (1993) und 11,8% (1994) betrug die BIP-Zunahme 1995 noch 10,2%. Durch eine Politik des knappen Geldes wurden neue Investitionsprojekte über administrative Eingriffe in Form von Verboten und Anweisungen der Regierung radikal beschränkt. Dies wirkte sich positiv auf die Inflationsentwicklung auf. Während Anfang 1995 der Preisanstieg noch 21,2% betrug, sank die Inflationsrate auf 10,3% im Oktober und auf 14,8% im Jahresdurchschnitt 1995.

Auch 1995 wurden einige richtungsweisende Wirtschaftsgesetze wie z.B. das Zentralbank- und Geschäftsbankengesetz verabschiedet und damit der ordnungspolitische Rahmen der Wirtschaft neu abgesteckt. Die Umsetzung

der wirtschaftspolitischen Entscheidungen wird allerdings noch einige Zeit dauern. Ebenso wie die Realisierung der 1994 beschlossenen Fiskalreform sowie die Reform der Staatsunternehmen führt die Reform des Bankensektors zu einer Machtverschiebung. Einerseits werden mehr Befugnisse von den Lokalregierungen auf Banken und Unternehmen verlagert und andererseits fordert die Zentralregierung bestimmte Machtbefugnisse von den Lokalregierungen zurück, um eine effektive Geld- und Fiskalpolitik betreiben zu können.

Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren (Reale Wachstumsraten in Prozent)

	1992	1993	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt	14,2	13,5	11,8	10,2
Wertschöpfung Industrie	21,8	21,0	18,0	13,6
Wertschöpfung				
Landwirtschaft	4,7	4,7	4,0	4,5
Anlageinvestitionen (gesamt, in Mrd. Yuan)	785	1246	1637	1945
Wachstumsrate	42,6	58,6	31,4	11
Anlageinvestitionen (staatl. Einheiten)	527	766	932	1082
Wachstumsrate	45,4	45,2	21,7	16,1
Geldmenge (M2)	31,3	24,0	34,4	
Einzelhandelspreise	5,4	13,2	21,7	14,8
Lebenshaltungskosten	6,4	14,7	24,1	17,1
- Städt. Bevölkerung	8,6	16,1	25,0	16,8
- Ländl. Bevölkerung	4,7	13,7	23,4	16,5

Quellen:

Zhongguo Tongji Nianjiang, 1993-1995; Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1995 National Economic and Social Development; China Economic News, 25.3.96.

Der nicht-staatliche Sektor expandierte 1995 erneut mit hohem Tempo und gewann durch die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze in den ländlichen Industriebetrieben und im Dienstleistungssektor weiter an Gewicht. Nach Berechnung der Weltbank trägt der nicht-staatliche Sektor inzwischen mit 57% zum Bruttoinlandsprodukt bei, und der Anteil der staatseigenen Unternehmen an der Produktion im verarbeitenden Sektor ist von 80% zu Beginn der Reformen auf 40% gefallen.

1995 war das letzte Jahr des 8. Fünfjahresplanes, in dessen Verlauf das BIP um durchschnittlich 11,8% pro Jahr gewachsen ist. Fünf Jahre früher als ursprünglich gerechnet konnte deshalb das Ziel erreicht werden, eine Vervierfachung des BIP (Basis 1980) zu realisieren. Die hohe wirtschaftliche Dynamik steigerte das Interesse ausländischer Investoren, die während dieser Fünfjahresperiode Auslandsinvestitionen mit einem Volumen von 160 Mrd. US\$ in China getätigt haben. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung mit Abbremsung der Inflationsentwicklung schafft relativ gute Voraussetzungen für die kommende 9. Planperiode (1996-2000).

Schwerpunkte im 9.Fünffjahresplan sind die weitere Reform der Staatsbetriebe, die Modernisierung der Landwirtschaft, die Armutsbekämpfung, der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems sowie die Reduzierung der regionalen Entwicklungsunterschiede. Das Wirtschaftswachstum soll in dieser Periode durch die Reform der Wirtschaftsstruktur von einem extensiven in ein intensives und ressourcensparendes Wachstum verändert werden. Die Planung sieht die Beschränkung des Wachstumstempos auf 8-9% vor; auch die Inflationsrate soll unter der 10%-Marke liegen.

Um die regionalen Entwicklungsunterschiede zu reduzieren, will die Zentralregierung die ärmeren Regionen durch den Bau von Infrastrukturprojekten und durch eine schrittweise Verlagerung von rohstoff- und arbeitsintensiven Industrien aus den Küstenprovinzen in die Inlandsregion unterstützen. Gleichzeitig sollen die Preise für Rohstoffe aus den Inlandsregionen angehoben und Anreize für Auslandsinvestoren geschaffen werden, in den Inlandsprovinzen zu investieren.

Entwicklung einzelner Sektoren/Branchen:

Gegenüber der industriellen Wachstumsrate von 18% blieb die Zunahme der Wertschöpfung des landwirtschaftlichen Sektors in Höhe von 4,5% auch 1995 gering. Bei Getreide (Reis, Weizen, Mais, Soja, Kartoffeln) als dem wichtigsten Grundnahrungsmittel konnte 1995 eine Zuwachsrate von 4,5% bzw. ein Output von 465 Mio. t, das sind rd. 20 Mio. t mehr als 1994, erreicht werden. Der Ernteeinbruch des Jahres 1994 hatte Diskussionen um die Frage nach Chinas Fähigkeit ausgelöst, die Bevölkerung zukünftig selbst ernähren zu können oder von Importen abhängig zu werden. Neben der Zunahme der Bevölkerung sind die Vernachlässigung der Getreideproduktion mit hohen Verlusten von Anbauflächen in den Küstenprovinzen bei gleichzeitiger Veränderung der Ernährungsgewohnheiten Auslöser für Versorgungsknappheiten. Mit verstärktem Einsatz von Technologie und Bildungsinvestitionen will die chinesische Regierung die Flächenerträge mittelfristig um 20-30% erhöhen, um weiterhin Getreideselbstversorger bleiben zu können.

Outputentwicklung ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte (Mio.t)

	1992	1993	1994	1995
Getreide	443	456	445	465
Ölhalt.Pflanzen	16,4	18,0	19,9	22,5
Baumwolle	4,5	3,7	4,3	4,5
Zuckerrohr	73,0	64,2	60,9	64,4
Zuckerrüben	15,1	12,0	12,5	13,6

Quellen:

Zhongguo Tongji Nianjin, 1995 und *Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1995 National Economic and Social Development*.

Die Produktion der zehn wichtigsten NE-Metalle (Aluminium, Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Titan, Nickel, Magnesium, Antimon und Quecksilber) konnte während des 8.Fünffjahresplanes (1991-1995) um 1,91 Mio. t erhöht werden. 1995 betrug die Produktionsmenge 4,25 Mio.t. Von den wichtigsten vier Metallen war das Angebot und die Nachfrage von Blei, Zink und Aluminium während des Fünffjahreszeitraums ausgeglichen, und diese Metalle konnten auch in größeren Mengen auf dem internationalen Markt angeboten werden. Nach den USA, Rußland und Kanada war China 1995 mit einer Produktion von rd. 1,65 Mio. t bei Aluminium der viertgrößte Produzent. Als größter Zinkproduzent exportierte China in den letzten Jahren rd. 200.000 t Zink und hielt einen Weltmarktanteil von 13%. Durch die Ausweitung der Produktionskapazitäten soll das Angebot von NE-Metallen auch in den nächsten Jahren erhöht werden.

Mit einem Einfuhrvolumen von 44 Mio.t zählt China nach Japan zu den größten Importeuren metallischer Eisenerze; 1996 soll die Importmenge sogar auf 56 Mio. t erhöht werden. Der boomende Bausektor ließ auch die Nachfrage nach Stahl weiter steigen. Während 1994 die Stahlherzeugung im Inland 91 Mio.t betrug, stieg der Output 1995 auf 94 Mio.t und soll mittelfristig bis zum Jahre 2000 auf eine Produktionsmenge von 140 Mio. t angehoben werden. In der Zementindustrie wird ebenfalls von einem weiteren schnellen Wachstum in Höhe von jährlich 8-10% während des 9.Fünffjahresplanes ausgegangen; bis zum Jahre 2000 soll der Output auf rd. 550 Mio.t ausgeweitet werden. Die Produktionsmenge betrug 1995 bereits 450 Mio. t.

Die Elektrizitätserzeugung erhöhte sich 1995 um 7,8% auf rd. 1.000 Mrd.kWh, da die Elektrizitätskapazität um 10 Mio. kW in diesem Jahr erhöht wurde. Trotz dieser Expansion bildet der Energiesektor einen Engpaß in der Wirtschaftsentwicklung. Die meisten Wirtschaftssektoren sind durch eine hohe Abhängigkeit von Kohle gekennzeichnet. Die Rohkohleerzeugung stieg 1995 um 4,5% auf 1.298 Mio t. Die wichtigsten Quellen für Auslandskapital zur Modernisierung der Kohleindustrie sind japanische Kredite sowie Kredite der Weltbank und Regierungskredite aus Schweden und Italien. Hierbei geht es auch um die Reduzierung der Schadstoffemission. Aufgrund des hohen Kohleanteils wird der CO-2 Ausstoß nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur um jährlich 3,9-4,1% bis zum Jahre 2010 steigen.

Die Erdölfördermenge stieg 1995 um lediglich 2% auf 149 Mio.t Inzwischen ist China zum Netto-Erdölimportland geworden. Für 1995 wurde ein Nachfrageüberhang von 9,9 Mio.t und für 1996 von 17-18 Mio.t prognostiziert. Langfristig wird mit einer Erhöhung des chinesischen Anteils am Welt-Erdölverbrauch von 4,1% (1992; bei einem Beitrag zur Weltproduktion von 4,5%) auf 7,3% (2010; bei einem Beitrag von 4,3%) gerechnet. Um die nach chinesischen Angaben auf 98 Mrd.t geschätzten Ölréserven zu erschließen, wurden schrittweise ausländische Partner an Offshore-Explorationen und im Tarim Becken beteiligt, das zwar große Reserven enthalten soll, aber erst 2,37 Mio.t lieferte.

Nach einer stürmischen Expansion der Industrieproduktion im Jahre 1994 mit einer Zuwachsrate der Wertschöpfung von 18% flachte das Wachstum im Jahre 1995 auf 13,6% ab. Diese Entwicklung wird als direktes Ergebnis der re-

striktiven staatlichen Makrokontrolle gewertet. Wachstumsimpulse gingen 1995 wiederum vor allem von den kollektiveigenen Unternehmen (Wachstumsrate 15,8%) sowie von den mit Auslandskapital finanzierten Unternehmen (Wachstumsrate 19%) aus, während die staatseigenen Unternehmen eine Zuwachsrate von 9,5% erreichten.

Die meisten Schlüsselindustrien sahen sich 1995 mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Außenstände in Höhe von 43% der Verkaufserlöse bis November 1995 belasteten beispielsweise die Maschinenbauindustrie, die zusammen mit rückläufigen Aufträgen und starker Konkurrenz durch Importe den Druck auf die Branche verstärkten.

Mit Hilfe des Auslands modernisiert und expandiert Chinas Automobilindustrie. Der Marktanteil von VW Shanghai betrug 1995 rund 46%. Langfristige Prognosen gehen von einer jährlichen Nachfragesteigerung der privaten Haushalte, auf die bislang erst 60.000 Kfz entfallen, in Höhe von 1,2-1,6 Mio. Fahrzeuge bis zum Jahr 2005 aus. Für die Automobilindustrie hat die Staatliche Planungskommission industriepolitische Richtlinien vorgelegt, die detaillierte Vorgaben zur Entwicklung dieser Branche umfassen. Um die bestehenden Joint Venture-Unternehmen in der Kfz-Industrie in ihrer Aufbauphase zu unterstützen, wurde die Genehmigung neuer Autowerke vorübergehend ausgesetzt.

Die Elektronikindustrie profitierte ebenfalls vom Zufluß ausländischen Kapitals und Technologie. China ist inzwischen der größte Produzent von Farb-TV und weist hierbei eine jährliche Produktionskapazität von 20 Mio. Geräten und 15,2 Mio. Farbbildröhren auf. Die schnell expandierende Telekommunikation und die Computerbranche haben ebenfalls dazu beigetragen, daß sich der Output der Elektronikindustrie am Ende des 8. Fünfjahresplanes auf 220 Mrd. Yuan belief und Exporte einen Wert von 15 Mrd. US\$ erreichten. Fast 90% des Outputs tragen die Städte und Provinzen Beijing, Tianjin, Shandong, Jiangsu, Shanghai, Zhejiang und Guangdong bei.

Als zunehmende Belastung beim Aufbau eines modernen Industriesektors stellt sich die Staatsindustrie dar. Auch 1995 erhöhte sich der Anteil der Verlustunternehmen und das Ausmaß der Verluste nahm weiter zu und trug dazu bei, daß rd. 25% der Bankkredite der Staatsunternehmen als nicht zurückzahlbar eingestuft werden. Für die Sanierung der Staatsbetriebe müssen schrittweise die Bedingungen geschaffen werden wie die Auslagerung von sozialen Aufgaben aus den Unternehmen in das soziale Sicherungsnetz, die Bewertung des staatseigenen Unternehmenskapitals sowie die rechtliche Umwandlung der Unternehmen. Aus ideologischen Gründen und aus Furcht vor sozialer Instabilität als Folge von Massenentlassungen wird eine umfassende Privatisierung der staatseigenen Industrie nach wie vor ausgeschlossen, obwohl vereinzelt Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften mit gemischtem Eigentumsrechten umgewandelt wurden.

Verkehr und Dienstleistungen

Mit dem hohen Tempo der Wirtschaftsentwicklung hat die Verkehrsinfrastruktur nicht Schritt halten können. Nach Schätzungen sind für den Ausbau des Verkehrsnetzes al-

lein rd. 100 Mrd. US\$ notwendig, und die Beteiligung ausländischer Unternehmen über BOT-Projekte wird erforderlich sein, um die hochgesteckten Ziele im Transportsektor zu erreichen.

Outputdaten des Energie- und Transportsektors

	1992	1993	1994	1995
Kohle (Mio. t)	1.116	1.150	1.240	1.298
Rohöl (Mio. t)	142	145	146	149
Elektrizität (Mrd. kWh)	754	840	928	1.000
Frachtvolumen (Mrd. t/km)	2.922	3.051	3.326	3.544
- Eisenbahn (Mrd. t/km)	1.158	1.195	1.246	1.290
- Straße (Mrd. t/km)	376	407	448	489

Quellen:

Zhongguo Tongji Nianjin, 1995 und *Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1995 National Economic and Social Development*.

Auf dem Eisenbahnnetz wurden 1995 1.290 Mrd. t/km befördert. Die chronische Überlastung des Eisenbahnnetzes führte auch 1995 zu Wartezeiten beim Transport von insbesondere Kohle, Erdöl, Eisen und Stahl sowie Getreide. Um die unzureichende Beförderungskapazität auszuweiten, sollen bis zum Ende des Jahrzehnts das derzeitige Streckennetz um ein Drittel auf rd. 70.000 km erhöht und die Hauptstrecken elektrifiziert werden. Vorgesehen ist auch der Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Inlandsregionen und ihre Anbindung an die Küstenregionen sowie der Bau von Bahnstrecken für den Hochgeschwindigkeitsverkehr. So soll auf der 1.330 km langen Strecke Beijing-Shanghai bis zum Jahr 2000 eine doppelgleisige Neubau-strecke für eine Zuggeschwindigkeit von maximal 350 km/h angelegt werden. Um den Bedarf im Personentransport zu befriedigen, soll die jährliche Transportkapazität um 5,5% bis zum Dekadenende erhöht werden.

1995 stieg die Anzahl der neuen privaten Telefonanschlüsse auf 15,46 Mio.; die Telefondichte erhöhte sich auf 4,66 Telefone pro 100 Personen. Zwischen Stadt und Land bestehen hierbei erhebliche Unterschiede. Die Pläne zum Ausbau des Telekommunikationssektors in den nächsten fünf Jahren sehen die Ausweitung der Anschlüsse auf 140 Mio. Stück sowie die Erhöhung der Telefondichte auf 8% landesweit und 30-40% in den Städten vor. Um diese Vorstellungen realisieren zu können, werden Investitionen in Höhe von ca. 56 Mrd. US\$ erforderlich sein.

Außenwirtschaftliche Entwicklung

Auch 1995 war die Entwicklung des Außenhandels für China sehr erfolgreich. Das gesamte Außenhandelsvolumen stieg um 18,6% auf 280,85 Mrd. US\$. Die Exporte beliefen sich auf 148,77 Mrd. US\$ und erhöhten sich damit um 22,9%; die Importe stiegen um 14,2% auf 132,08

Mrd.US\$. Unternehmen mit Auslandskapital trugen zum gesamten Außenhandel 109,82 Mrd.US\$ bei (+25,3% gegenüber 1994). Damit erhöhte sich der Beitrag dieser Unternehmen zum Außenhandel von 37% im Jahre 1994 auf 39,1% im Jahre 1995. Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 57,48 Mrd.US\$ (+19,9%) war Japan 1995 der wichtigste Handelspartner für China; Hongkong, die USA, die Europäische Union, die ASEAN, Taiwan und Südkorea folgen auf der Rangskala der bedeutendsten Partnerländer.

Die Warenstruktur des chinesischen Außenhandels weist mit einem Anteil von über 80% verarbeiteter Waren auf den wirtschaftlichen Modernisierungserfolg hin. Vor allem bei arbeitsintensiven Produkten der Textil- und Bekleidungsindustrie konnte China aufgrund der Lohnkostenvorteile die Weltmarktanteile erhöhen, aber auch bei stärker kapital- und technikintensiven Produkten der Maschinenbau- und Elektronikindustrie waren in den letzten Jahren größere Exportzuwächse möglich. Auf der Einfuhrseite nahmen 1995 wiederum Maschinen und Transportausrüstungen den ersten Platz ein, und größere Anteile entfielen auf Halbwaren und Güter der Leichtindustrie sowie auf Primärprodukte, die teilweise verstärkt eingeführt wurden aufgrund von Engpässen beim inländischen Angebot.

China wurde auch 1995 noch nicht als Vertragspartei in das GATT bzw. in die Nachfolgeorganisation WTO aufgenommen. Nach wie vor wird zwischen den WTO-Mitgliedern und China an einem Beitrittsprotokoll gearbeitet, das die Rechte und Verpflichtungen der Volksrepublik festlegen soll. Vor allem die USA drängen auf die Aufhebung von Zutrittsbarrieren für den Dienstleistungssektor und Garantien für die Einhaltung der Urheberrechte durch die VR China.

Handelsbilanzüberschüsse sowie ein weiterhin hoher Zufluß von Auslandskapital haben die Devisenreserven beträchtlich erhöht, und zwar auf rd. 70 Mrd.US\$ im September 1995. Zur externen Finanzierung griff China allerdings in stärkerem Umfang auch auf Auslandskredite zurück, so daß die Auslandsverschuldung weiter anstieg und nach Schätzungen Ende 1995 105 Mrd.US\$ betrug. Die Relation von Auslandsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 15% und zu den Exporterlösen 72%.

Aus chinesischer Sicht ist Deutschland größter Handelspartner Chinas in der EU. Für die Bundesrepublik ist China zwar mit einem Anteil von 2-3% an den Gesamtexporten und -importen von relativ geringer Bedeutung, allerdings innerhalb Asiens ist China nach Japan der wichtigste Importeur und Absatzmarkt. Von besonderer Bedeutung ist China für den deutschen Einzelhandel, da die Volksrepublik nach Italien, der Türkei und Hongkong zum wichtigsten Lieferanten zählt.

Bei deutschen Importen aus China in Höhe von 14,6 Mrd. DM und Gesamtexporten Deutschlands nach China mit einem Volumen von 9,7 Mrd. DM bis November 1995 hat Deutschland auch im letzten Jahr ein Defizit im Handel hinnehmen müssen. Bezogen auf die Branchen, die am stärksten an den deutschen Gesamtausfuhren nach China beteiligt waren, dominieren Kraftfahrzeuge und Ernährungswirtschaft, während Maschinenbau und elektrotechnische Erzeugnisse einen Rückgang von 3,8% bzw. 8,9% hinnehmen mußten. Trotz der von China viel beklagten

EU-Quoten gelang es den chinesischen Händlern bei den Hauptausfuhrgütern ihre Lieferungen 1995 weiter zu erhöhen. Hierzu zählten insbesondere Maschinen, Eisenwaren, Bekleidung sowie elektrotechnische Erzeugnisse.

Im Vergleich zu anderen ausländischen Investoren haben sich deutsche Unternehmen bisher erst in relativ geringem Umfang in China engagiert, doch erhöhte sich das Interesse der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren deutlich. Mit Investitionszusagen in Höhe von 1,2 Mrd.US\$ stieg Deutschland sogar von Rang zehn auf Platz acht der wichtigsten Auslandsinvestoren des Jahres 1994. Im letzten Jahr betrug das Volumen der Nettodirektinvestitionen aus Deutschland 631 Mio. DM und lag damit um 43% über dem Wert von 1994.

Mit seiner Reise nach China im November 1995 verstand sich Bundeskanzler Kohl als Türöffner für die deutsche Wirtschaft. Während des Besuches in China wurden zwölf kommerzielle Verträge sowie Abkommen über die Einrichtung eines Hochtechnologieforums sowie über die Fortsetzung der Infrastruktur-Arbeitsgruppe unterzeichnet, die Vorschläge für den Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrs- und Telekommunikationssystem erarbeiten soll.